

# Ist die deutsche Hochschule noch reformierbar?

(Bologna, der Bund und die baden-württembergische Hochschulgesetzgebung)

Vortrag von Dr. Günter Georg Kinzel bei dem KStV Rechberg am 2. Dezember 2004

Wie die Süßmuth-Kommission Mitte Oktober 2004 unter Zuwanderungsaspekten bestätigt hat, bleibt die **Nachfrage nach Fachkräften mit akademischer Qualifikation** in Deutschland hoch und kann vermutlich spätestens ab 2015 nicht mehr gedeckt werden, wenn nicht rasch gegengesteuert wird. Die OECD-Statistik von 2003 zeigt, daß im Mittel aller OECD-Länder 30 % eines Altersjahrgangs einen akademischen Abschluß erreichen, in Deutschland sind es 19 %. Zwar sind die Berufsakademie-Abschlüsse in Deutschland in diese Statistik nicht eingegangen (der Arbeitsmarkt gibt den im Schnitt 23 Jahre – Frauen – bzw. 24 Jahre – Männer – alten BA-Absolventen die gleichen Karrierechancen wie FH- und Uni-Absolventen, und das in jüngeren Jahren), und auch die deutsche Berufsausbildung müsste mindestens in Teilen eingerechnet werden, doch die Tendaussage der OECD ist richtig. In Deutschland wird ein größerer Anteil am Altersjahrgang an Studierenden benötigt, allerdings aus dem Segment, in dem im internationalen Vergleich der Anteil in Deutschland deutlich niedriger ist als im Ausland: es sind dies die Studiengänge mit 3 oder 4jähriger Dauer. Konsequenz: Ausbau von Fachhochschulen und Berufsakademien, um das von allen Wissenschafts- und Kultusministern gleich welcher politischen Couleur im Konsens definierte Ziel zu erreichen, dass 40 % eines Studienanfängerjahrgangs Kurzstudiengänge belegen sollen. Weitere Konsequenz: rasche Umsetzung der Beschlüsse von Bologna und damit Einrichtung von berufsqualifizierenden dreijährigen Hochschulabschlüssen auch an unseren Universitäten.

Ich darf an dieser Stelle anmerken, daß bei einer solchen Hochschulstruktur über 50 % der Absolventen eines Jahrgangs aus Kurzstudiengängen kommen würden. In diesem Kreis weise ich darauf hin, daß eine solche Hochschulstruktur auch die Rekrutierungsbasis für Korporationen ändert. Hinzu kommt, dass die meisten Korporationen die Hälfte aller Studierenden, nämlich die Studentinnen – in Tübingen liegt deren Anteil übrigens bei deutlich über 50 % – außen vorlassen, weil sie sich als reiner Männerbund definiert haben. Hierüber möchte ich heute Abend aber nicht diskutieren, wir können es ohnehin hier vor Ort nicht lösen.

Ich sehe es als Bereicherung an, als Chance, und rate allen Korporationen, auch um FH- und BA-Studenten als Mitglieder zu werben. Nehmen wir die 30 Jahre alten baden-württembergischen Berufsakademien, die erst

seit 27 Jahren Absolventen haben: Schon vor rd. 15 Jahren haben die ersten Absolventen Spitzenpositionen in der Wirtschaft erreicht als Vorstandsmitglieder oder Vorstandsvorsitzende. Ähnlich ist es bei den Absolventen der etwas älteren Fachhochschulen. Und wenn die Halbwertszeiten des Wissens bei 2 bis 3 Jahren liegen, haben lange Studienzeiten ohnehin keinen Sinn. In Rankings liegen die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge der FH Reutlingen immer weit oben während die Tübinger Wirtschaftswissenschaftler eine Prüfungsordnung haben, die 25 statt der erlaubten 14 Prüfungen vorschreibt.

Vergessen wir auch nicht, welche bedeutende Rolle im Lebenslauf für die individuelle Bildung der **Beruf** spielt. Nach 5 Jahren, so die Aussage der Personalverantwortlichen von weltweit agierenden Unternehmen, mit denen ich ständig Kontakt hatte und noch habe, weiß und interessiert es in der Firma kaum jemanden, ob der Mitarbeiter X von der Uni, FH oder BA kommt. Da wird in die Arbeitszeugnisse geschaut und die Qualifikationsübersicht (sog. Skill-Daten) herangezogen. Kürzere Erstausbildungszeiten bedingen zwingend Weiterbildungsphasen, auch im und neben dem Beruf. Und sie schaffen erst Freiräume während des Berufslebens für Weiterqualifizierungen oder eine Weltreise, die Suche nach dem persönlichen Guru im Himalaya usw.

Um 30 % Anteil am Altersjahrgang mit akademischer Qualifikation zu erreichen, sind rd. 40 % Abiturienten am Altersjahrgang erforderlich, wobei das Abitur vernünftigerweise ein **Zentralabitur** mit klar definierten Anforderungen zu sein hat, damit bei Studienaufnahme der Frust bei Studienanfängern und akademischen Lehrern nicht zu groß ist. Unsere Hochschulen sind zu kostbar, um Schulwissen aufzuholen. Diese Ressourcen könnten viel sinnvoller für Tutorien und anderes verwendet werden. Deutsch oder Mathematik-Kurse für wohlgerne deutsche Studienanfänger mit deutschem Abiturzeugnis sind nicht Aufgabe unserer hohen Schulen.

Die Herausforderungen sind enorm, wenn Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen will. Mit den bisherigen Strukturen der Hochschulen und der Hochschuladministration werden wir die Zukunft nicht meistern können. Ein Wandel und ein Umdenken in den Köpfen und eine rasche Umsetzung sind erforderlich. Dabei sollten wir endlich die Larmoyanz ablegen und die Zu-

kunft mit der fröhlichen Zuversicht unseres Bundespräsidenten Horst Köhler meistern. Deutschland als Standort ist nicht schlecht, unsere Hochschulen und Berufsakademien sind insgesamt gut oder sehr gut. Firmen, die Forschungsergebnisse konsequent umsetzen und vermarkten, sind Weltmarktführer und viele unserer jungen Wissenschaftler sind ja immerhin so gut, daß sie von ausländischen Universitäten abgeworben werden. Sehen wir uns mal ein positives Beispiel in Europa an: Spanien, das mir recht vertraut ist. Unter Franco geistig eng und wirtschaftlich nicht sehr erfolgreich, schulterte das Land den Niedergang der Landwirtschaft, produziert heute u.a. für den Weltmarkt Spitzenweine, ist in Mode, Literatur, Kunst, Musik usw. führend in Europa und hat die Kohle- und Stahlindustriestandorte im Norden, die genau so geschlossen wurden wie unsere Zechen, durch konsequente Strukturänderungen in kulturelle (Guggenheim-Museum in Bilbao, Chillida Skulpturenpark) oder Dienstleistungsstandorte entwickelt. Und das bei niedrigeren Löhnen als bei uns, mindestens doppelt so teuren Kindergärten, Schulgeld, Studiengebühren usw. Den Leuten macht diese konsequente Konversion und das Leben in einem offenen demokratischen Staat trotz aller wirtschaftlichen Probleme sichtbar Spaß.

Wenn die deutsche Hochschule bestehen will, muss sie sich dem internationalen Wettbewerb stellen. Internationalisierung und Wettbewerb sind in der Wissenschaft nichts Neues. Betrachten wir mal die Biographie eines Forschers. Der Geburtsort ist Rotterdam, studiert hat er in Paris, promoviert in Italien, gelehrt in England, Frankreich, Belgien, der Schweiz und in Deutschland. Der Forscher, von dem ich spreche, ist kein Spitzenforscher der heutigen Zeit. Wir kennen ihn alle: es ist der große Erasmus von Rotterdam, 1466 dort geboren und 1536 in Basel gestorben. Seine Vita ist nichts Untypisches für einen mittelalterlichen oder frühneuzeitlichen Gelehrten. Wissenschaft hat schon immer die engen Grenzen der eigenen Nation überschritten mit Ausnahme einzelner Zeiträume wie der unseligen Zeit des Nationalsozialismus. Und ohne das Renommée berühmter Wissenschaftler würde man manche kleine Stadt (ich belasse es bei den Beispielen Heidelberg und Tübingen) weltweit nicht kennen. Dennoch: die Globalisierung und der internationale Wettbewerb stellen die Hochschulen heute vor ganz neue Herausforderungen.

Aus der Forschung kennt wohl jeder die immer weiter fortschreitende Tendenz zur fächer- und standortübergreifenden, ja internationalen Forschungszusammenarbeit. Das lässt sich u.a. an dem wachsenden Anteil von gemeinsam verfassten Publikationen ablesen, deren Autoren von verschiedenen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und aus verschiedenen Ländern stammen. Viele Gebiete der Wissenschaft sind so komplex geworden, dass neue Er-

kenntnisse nur noch aus Projekten hervorgehen können, in denen Wissenschaftler grenz- und fächerübergreifend zusammenarbeiten. Interdisziplinäre Arbeiten, Methoden und Ergebnisse haben auch Eingang ins Studium gefunden. Denken wir nur an die Graduiertenkollegs, deren ersten drei im Bundesgebiet ich übrigens als noch jüngerer Referent im Stuttgarter Wissenschaftsministerium ins Leben verhalf. Ich erinnere mich noch gut daran: der Wissenschaftsrat hatte gerade die Empfehlung ausgesprochen, Graduiertenkollegs einzurichten. Anton Pfeifer und Paul Harro Piazzolo, beide aus Baden-Württemberg, waren damals die verantwortlichen Staatssekretäre in Bonn und ermutigten unsere Initiative. Ich telefonierte mit dem Kollegen in Bonn und wir verabredeten uns. In Stuttgart packte ich ihn in mein Auto und von dort fuhren wir nach Tübingen, Freiburg und Konstanz zu den Forschern und besprachen vor Ort, wie die Anträge formuliert sein mussten. Dann brauchten wir noch die Empfehlung aller Länder: Also fuhr ich nach Essen zur Sitzung der Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, trug dort die drei Graduiertenkollegs vor und erhielt die einstimmige Zustimmung; die Gelder wurden ohne jeden Abstrich zugesagt. Man hatte aber auch ein Graduiertenkolleg in einem A-Land vorgeschlagen, aus Hessen, also stimmten die A- und B-Länder allem ohne Abstriche zu. Derlei Absprachen zwischen A- und B-Ländern sind usus und fördern übrigens innovative Projekte, die man sonst nicht realisieren könnte. Die FernUniversität Hagen und das DIFF in Tübingen sind ein weiteres Beispiel für zwei gleichzeitig beschlossene innovative Projekte. Und ohne Graduiertenkollegs sind die deutschen Hochschulen heute nicht vorstellbar. Über 40 neue sollen ja an die 10 Eliteuniversitäten kommen.

Was die jetzige Studierendengeneration und ihre Hochschullehrer anbetrifft, ist aber beinahe noch wichtiger: auch der tertiäre Bildungsmarkt globalisiert sich zunehmend und das in einem rasanten Tempo. Die Hochschulen müssen heute Bildungsleistungen für eine Wirtschaftswelt erbringen, in der Unternehmen immer häufiger weltweit kooperieren oder fusionieren. Und da reicht die Vermittlung von bloßem Fachwissen bei weitem nicht aus. So wie in diesen Monaten die amerikanisch/britische militärische Befriedung des Irak ohne Berücksichtigung der anderen Kulturen völlig in die Hosen geht, ist Fachwissenvermittlung ohne interkulturelle Kompetenz, die man am besten durch Auslandsstudien erwirbt, nicht möglich, ja geradezu ausgeschlossen. Unser Bundesbruder Philipp Hahn taucht in diesen Wochen in einem Praktikum in Tokio gerade in eine völlig andere Kultur ein. Folgt seinem Beispiel, es muss ja nicht immer so weit sein. Und nehmt sehr ernst, wenn ich sage, dass bei aller Bedeutung der Universität Tübingen ein Studium nur hier am Ort ohne Wechsel zu anderen in- und ausländischen Univer-

sitäten nicht auf qualifizierte Aufgaben in der Arbeitswelt vorbereitet, besonders dann nicht, wenn man zu den Di-Mi-Do-Studenten zählt und sich aus dem Umkreis des Geburtsortes kaum 50 km entfernt hat.

Hochschulen müssen heutigentags also konsequent interkulturelle Kompetenz vermitteln. Die Analyse von Geschäftsverhandlungen zwischen britischen, polnischen oder deutschen Geschäftspartnern mit chinesischen zeigt riesige kulturelle Unterschiede. Die europäischen Partner sind beinahe allein auf den Geschäftsabschluß fixiert, während die chinesischen Geschäftspartner auf zwischenmenschliche Beziehungen Wert legen, gern auch ältere Partner akzeptieren, zunächst allgemeine Informationen geben und erst zum Schluß zu den zentralen Informationen kommen. Berücksichtigt man dies nicht, ist der Verhandlungserfolg gefährdet. Wer in Saudi-Arabien Geschäfte machen will und nicht den Vorstand eines Weltkonzerns präsentiert, hat einfach Pech, wie jüngst bei einem bayerischen Konzern geschehen (der Konzern schickte bei einem Großprojekt nur die örtlichen Residenten), da waren die japanischen Bewerber klüger. Wir brauchen aber nicht so weit zu gehen, auch in Europa sind die kulturellen Unterschiede groß. Wer z.B. bei einem gemeinsamen Essen mit spanischen Partnern im Restaurant auf die Idee kommt, eine getrennte Rechnung zu verlangen oder wer bei einer Einladung in Portugal statt der dort üblichen zwei bis drei Dutzend Rosen (natürlich keine tiefroten) für die Dame des Hauses die üblichen deutschen 5 oder 7 mitbringt, hat schon verloren.

Es gibt generell in fremden kulturellen Umgebungen viele Verhaltensmuster, Regeln und Bewertungsmaßstäbe, die zunächst unverständlich für Außenstehende sind. Gefragt ist also die Fähigkeit, mit Menschen, die anders sind als wir, zu kommunizieren, zu leben und zu arbeiten. Und gefragt sind Studienangebote, die diese Fähigkeiten vermitteln. Und da für Euch, die heutige Akademikergeneration, die Regelbiographie völlig anders sein wird als früher, wo ein Erststudium genügend Rüstzeug für einen zumindest ordentlich dotierten und lebenslang ausgeübten Beruf vermittelte, muss jeder vernünftigerweise umdenken. Regine Görner vom DGB-Vorstand nannte die Biografie der Zukunft bei einer Veranstaltung der KV-Akademie vor drei oder vier Jahren in Köln einmal „Patchwork-Biografie“, was meint, dass nach einer möglichst kurzen Zeit des Erststudiums Zeiten der Selbstständigkeit, Zeiten im Angestelltenverhältnis, in Vollzeit oder Teilzeit in unterschiedlichen Berufen mit Zeiten der Weiterbildung (auch und vor allem neben dem Beruf), Auslandsaufenthalten usw. wechseln. Das wird bei Euch noch bunter als bei mir werden und ich übte immerhin vier verschiedene Berufe aus, studierte an drei Universitäten und arbeitete zwei Jahre in Portugal.

Unsere deutschen Hochschulen stehen zunehmend in einem internationalen Wettbewerb der Bildungseinrichtungen. Die elektronischen Kommunikationsnetze beschleunigen den Trend dazu noch erheblich. Sie erlauben es Bildungsanbietern, ihre Angebote weltweit zur Verfügung zu stellen. Vor allem einige Universitäten aus den USA expandieren international besonders stark. Bereits vor weit mehr als 10 Jahren habe ich bei Mercedes (jetzt DaimlerChrysler) interaktive Vorlesungen mit amerikanischen Professoren miterlebt und bei IBM und anderen Firmen standardisierte und jederzeit über den eigenen PC abrufbare interaktive Lernprogramme gesehen, wie sie heute von der Lehrlingsausbildung bis zur komplexesten Medizin Standard sind. Die amerikanischen, mit zahlreichen Dependancen im Ausland vertretenen, rein kommerziell orientierten und stark im Internet präsenten Universitätsketten hat die New York Times einmal als die größte Herausforderung für die traditionellen Universitäten bezeichnet. Und bei uns im Land mault man über ein Hochschulgesetz, das die internationale Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen soll.

Wenn wir uns nicht aktiv in diesen Prozess einbringen, geraten wir ins Abseits. Ab 2012 haben wir auch wegen der Umstellung auf das 8jährige Abitur mehr Hochschulzugangsberechtigte. Und denen muß eine qualitativ hochwertige Hochschulausbildung angeboten werden. Was also ist zu tun? Und ob die Politik für die Hochschulen und Berufsakademien mehr Geld zur Verfügung stellt, wissen wir nicht. Sie kann es auch nicht, wenn wir weiterhin mit 26 Jahren + das höchste Alter der Hochschulabsolventen im internationalen Vergleich haben und die Zeitspanne des aktiven Arbeitslebens mit ca. 60 Jahren endet. Mit wenig mehr als 30 Berufsjahren muss es auch Abstriche an Renten und Pensionen geben; unsere österr. Nachbarn haben die Arbeitsjahre bis zum Erreichen einer vollen Rente gerade mit 45 Jahren definiert. Österreichische Akademiker können fehlende Jahre durch Einzahlungen retten, die umso höher sind, je später man einahlt. In diesem Bereich muss bei uns also gegengesteuert werden. Der Prozeß ist höchst komplex, aber auch spannend und vor allem: er ist notwendig. Und er ist nicht mit dem bisherigen Herumgeeiere der meisten auch hochrangigen politischen Entscheidungsträger in Berlin und anderswo zu lösen. Ich will einige wenige in meinen Augen erforderliche Maßnahmen nennen:

- Deutschland muß wieder ein interessanter Forschungsstandort werden, der junge Leute aus dem Ausland anzieht und den derzeitigen brain drain vor allem in Richtung USA stoppt. Konsequenz: die Spitzenforschung muß stärker unterstützt werden, das mag auch mit Hilfe von Eliteuniversitäten bzw. – Fakultäten möglich sein, wenn das Verfahren hierfür hinreichend transparent und wettbewerbsorientiert ist, andererseits darf flächendeckend ein Mindestmaß an Qualität

nicht unterschritten werden. Die Diskussion ist voll entbrannt und der FOCUS vom 29. November 2004 machte sich Gedanken um die 10 Standorte und nannte natürlich Freiburg, Heidelberg und Tübingen, evtl. als vierte (von 10 sog. Eliteuniversitäten) Stuttgart oder Karlsruhe. Die angebliche Liste der Wissenschaftsstaatssekretäre mag stimmen oder nicht, das Ganze ist ein hohes Politikum und verträgt die Diskussion auf dem offenen Markt nicht. Prompt maulten die nicht berücksichtigten Länder und Minister Peter Frankenberg dementierte zu Recht. Herauskommen kann bei diesem Projekt ohnehin nur etwas, wenn klare Kriterien der Zuerkennung definiert werden und die Politik bei der Auswahl außen vorbleibt.

- Wie kommt man zu exzellenten Universitäten? Warum nicht, wie anderswo auch, Schwerpunkte setzen, die mal in der Forschung, mal in der Lehre liegen können? Weg also vom Postulat der absoluten Gleichheit. Wie formulierte der erste Referatsleiter Berufsakademien, sozusagen mein Urgroßvater im Amt, so richtig: „Wer Humboldt für alle will, kriegt ihn für keinen. Und wer für alle das Gleiche will, muss sich am Durchschnitt orientieren“ (Manfred Erhardt, Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft). Und der SPIEGEL von letzter Woche hat gerade in einem gründlich recherchierten Artikel deutlich gemacht, dass die besten Studenten – und um die muss der Wettbewerb zwischen den Hochschulen entbrennen – dorthin gehen, wo sie im Verbund mit exzellenten Kommilitonen und guter Betreuung eine Spitzenausbildung durch in gleicher Weise in der Forschung ausgewiesene und hoch motivierte akademische Lehrer finden. Ich formuliere es überspitzt: Eine Null beruft keine Eins und eine Eins fühlt sich im Studium neben Nullen unwohl. Das meint, dass nur Fakultäten mit Spitzenprofessoren weitere Spitzenforscher heranholen und beste Studenten den Wettbewerb mit weiteren Besten benötigen. Das fördert übrigens auch das Lernen der „Normalstudenten“.
- Mit Minister Professor Dr. Peter Frankenberg halte ich eine strategische Partnerschaft zwischen Hochschulen und Staat für erforderlich. Bei der staatlichen Seite bleibt die wissenschaftspolitische Gesamtverantwortung, beschränkt allerdings auf das Notwendigste, die Autonomie der Hochschulen bleibt erhalten und wird sogar gestärkt, um sie für den Wettbewerb auf dem internationalen Bildungsmarkt fit zu machen. Dem dient auch das neue einheitliche und verschlankte Landeshochschulgesetz, das Anfang 2005 in Kraft treten soll und wo Eigenverantwortung, Wettbewerbsfähigkeit usw. der Hochschulen in Baden-Württemberg gestärkt werden. Das Land behält nur die Kompetenz in den zentralen Bereichen, in denen es darum geht, im **Wettbewerb der Hochschulsysteme der Bundesländer** untereinander die landesweite Abstimmung zu

schaffen, ohne die dieser Wettbewerb nicht möglich ist.

- Ein ganz wesentlicher Punkt ist die Übertragung des Auswahlverfahrens, also der Zulassung der Studienanfänger, auf die Hochschulen. Da Bildungspolitik Ländersache ist, ist dies unterschiedlich geregelt. In Studiengängen mit örtlicher Zulassungsbeschränkung können die Hochschulen in Baden-Württemberg 90 % aussuchen, bei den bundesweiten Vergabeverfahren über die ZVS hat die vielgescholtene KMK sich im März 2003 darauf verständigt, dass in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen die Hochschulen 50 % der Studienanfänger auswählen können. Benötigen wir eigentlich in einem wettbewerbsorientierten Hochschulsystem eine ZVS? Meines Erachtens nach nicht, spätestens wenn mit Einführung von Studiengebühren der Wettbewerb um die besten Studenten entbrennt. Und was bringen uns Urteile, in denen die Gerichte auch den letzten Rest an Kapazität ausmosten und überall bis zur Kapazitätsgrenze zulassen? Gedeiht da Spitzenforschung? Oder Spitzenlehre?
- Wir brauchen ein System der Qualitätssicherung und Transparenz, dem Evaluierungs- und Akkreditierungsverfahren dienen. Wenn ein solches System von Evaluierungsagenturen flächendeckend eingeführt ist, kann sich der Staat aus der Genehmigung von Studiengängen zurückziehen. Soweit möglich, ist dieses Verfahren zu internationalisieren. Weil für die internationale Akzeptanz der Berufsakademie-Abschlüsse eine internationale Akkreditierung hilfreich war, habe ich als verantwortlicher Referatsleiter in einem Prozeß über 4 Jahre alle Studienbereiche und jede einzelne Fachrichtung der baden-württembergischen Berufsakademien durch eine britische Universität evaluieren lassen, was ein völlig neues System der **Qualitätssicherung mit externen Prüfern** bedingte und den Absolventen neben dem deutschen Diplom den britischen Bachelor (honours degree) brachte. Mit Erfolg übrigens: über 90 % der Studierenden unterziehen sich dem doppelten Examen. Zur Qualitätssicherung gehört auch, dass die Hochschulen systematisch verfolgen, wie gut oder schlecht ihren Absolventen **der Übergang in den Beruf** gelingt. Das verlangt nicht nur ständige Kontakte zur Arbeitswelt, sondern auch intensivere Betreuung der Studenten. Und dazu gehört auch die ständige **Evaluation der Lehre durch die Studenten**.
- Die OECD hat untersucht, dass Länder, die ein größeres Angebot an differenzierten Studiengängen haben, im Vorteil sind. Die OECD-Studie vom September 2003 stellt dabei fest, daß größere Angebote an differenzierten Studiengängen (also Studiengängen von 3, 4 oder 5jähriger Dauer) im Stande sind, Qualifikationen besser auf den Bedarf am Arbeitsmarkt mit seinen immer kürzeren Veränderungszyklen abzustimmen, individuelle

festgelegt, die Union bis 2.010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen ...“. Dabei betonte der Europäische Rat, dass hierfür ein höchst ambitioniertes Programm für die Modernisierung der Sozialschutz- und Bildungssysteme erforderlich werde. Die Europäische Kommission hält dieses Ziel noch für erreichbar, wenn alle vorgesehenen Maßnahmen schnell in Angriff genommen werden. Ansonsten werde sich die Kluft zwischen der EU und ihren Hauptwettbewerbern weiter vergrößern und den Erfolg der Lissabon-Strategie in Frage stellen. Die Lissabon-Strategie ist das Arbeitsprogramm, das diese Ziele definiert.

- Ein kleiner Exkurs in diesem Zusammenhang: Europa bietet unglaubliche Chancen, die leider noch zu wenig von Deutschen genutzt werden. Ein positives Beispiel ist Bb Johannes Wachter, den wir ja beim Vorortsübergabekommiss am 30. Oktober 2004 hier erlebt haben. Informiert Euch bitte im Internet, nehmt auch an den Brüssel-Reisen der KV-Akademie teil (auch am Berufseinsteigerseminar und den Rhetorik-Seminaren) und bewerbt Euch bei der EU oder einer Landesvertretung in Brüssel für ein Praktikum. Auf die Fächer, die Ihr studiert, kommt es da nicht so sehr an – also nicht nur Juristen -: Europa bietet riesige Chancen.
- Einen Punkt möchte ich noch ansprechen:  
**Studiengebühren.** Ich halte sie für unverzichtbar, aber es müssen bestimmte Bedingungen eingehalten werden. Abgesehen einmal davon, dass fast überall im Ausland Studiengebühren üblich sind und dort, wo es sie gibt, der Studierendenanteil eines Jahrgangs höher ist als bei uns und Studenten aus bildungsfernen Schichten keineswegs abgeschreckt werden, erschweren fehlende Studiengebühren den wechselseitigen Austausch. Wenn wir Austauschplätze für unsere Studenten z.B. in England oder USA benötigten, ging das nur über Kompensationsgeschäfte wie vierwöchige Heidelberg-Seminare oder Berlin-Reisen auch mit touristischem Charakter, denn wir wollten ja keine Studiengebühren für unsere Studenten und da das Studium auch für Ausländer gebührenfrei ist, gab es sonst keinen Anreiz für die ausländischen Hochschulen. Da sich ein Studium durch höhere Lebenseinkünfte lohnt, ist es eine Frage der Gerechtigkeit, die bisher vom weit überwiegenden Nichtakademikeranteil durch Steuern finanzierten Studien durch eine mäßige Eigenbeteiligung mitzufinanzieren. Wenn die Kosten eines Semesters durchschnittlich bei rd. 8.500 EUR liegen, wäre eine Eigenbeteiligung von etwa 500 EUR/Semester angemessen. Das BVerfG dürfte in den nächsten Monaten den Weg für Studiengebühren freimachen. Dann können die Länder entscheiden. Studiengebühren in zukünftig unterschiedlicher Höhe, festgesetzt in-

nerhalb eines bestimmten Rahmens, wäre auch ein Element des Wettbewerbs zwischen den einzelnen Hochschulen. So weit sind wir aber noch nicht. Da die Gesellschaft mehr und besser qualifizierte Akademiker braucht, stellen Studiengebühren ein ordnungspolitisches Element dar. Studiengebühren würden dazu führen, daß die Studenten in ihrer Rolle als zahlende Kunden von den Anbietern, den Professoren, zu Recht entsprechende Leistungen in der Lehre einfordern werden. Da bei Einführung von Studiengebühren zukünftig Hochschulen um Studierende konkurrieren werden, rücken die Bedürfnisse der Studierenden nach qualifizierter Lehre stärker in den Vordergrund. Um eine soziale Selektion auszuschließen, die übrigens heute bei fehlenden Studiengebühren immer noch gegeben ist, muß ein System von Stipendien und Darlehen, die erst nach Aufnahme einer Berufstätigkeit zu tilgen sind, installiert werden, z.B. gekoppelt an ein Mindesteinkommen. Und es bedarf der Härtefallregelungen. Daß die Einführung von Studiengebühren sehr positive Effekte mit sich bringt, hat die Einführung von Langzeitstudiengebühren gezeigt: die Anmeldung zu den Schlußexamina stieg sprunghaft und viele andere exmatrikulierten sich, weil die Vorteile des Studentseins (preiswertes Mensaeessen, Eintrittspreisermäßigungen, ÖPNV-Vorteile usw.) die Langzeitstudiengebühren nicht überstiegen. An unserer Universität Tübingen fielen wir von weit über 20.000 Studierenden auf unter 20.000, in Hamburg exmatrikulierten sich, ohne Examen zu machen, bei Einführung von Langzeitstudiengebühren rd. 1.300 Studenten. Da zwei weitere Länder zu diesem Wintersemester Langzeitgebühren eingeführt haben, haben wir derzeit einige zehntausende Studenten weniger als bisher. Unerwünscht ist allerdings der Wechsel von zumeist Altstudenten im zweistelligen Semesterbereich in andere Bundesländer ohne Studiengebühren. Die Rektoren und Dekane begrüßen diese *duces veteranorum* mit sehr gemischten Gefühlen. Im übrigen soll man sich keiner Illusion hingeben: Studiengebühren können die Etats der Hochschulen nicht nennenswert füllen, sie haben aber einen ganz wichtigen Effekt: den verantwortungsvolleren Umgang mit dem Gut Bildung. Ich mache den Effekt von Studiengebühren am Beispiel Baden-Württemberg deutlich, das über 10 % aller Studenten in Deutschland ausbildet: Derzeit gibt das Land für die staatlichen Hochschulen und Berufsakademien (9 Universitäten, 23 Fachhochschulen, 6 Pädagogische Hochschulen, 8 Kunst- und Musikhochschulen und 8 Berufsakademien) jährlich rd. 2,13 Mrd EUR aus. Bei rd. 240.000 Studenten, 500 EUR/Semester Studiengebühren sind unter Abzug der Verwaltungskosten, entfallender Langzeitstudiengebühren, rd. 30 % Härtefälle, die nichts zahlen müssen, etwa 113 Mio EUR/jährlich

erreichbar. Das sind bestenfalls 6 % des Gesamtetats, aber die würden bei dem zwingend vorgesehenen Verbleib bei den Hochschulen die Mittel für Tutorien, Hilfskräfte usw. nennenswert steigern können. **Der Obersatz ist und bleibt, dass Studiengebühren den Hochschulen zusätzlich verbleiben müssen.** Auch HRK-Präsident Peter Gaethgens hat vor kurzem Studiengebühren gefordert, auch in Höhe von 500 EUR/Semester. Gaethgens rechnet mit einem Aufkommen von bundesweit ca. 1,5 Mrd EUR, was immerhin eine Verbesserung der Gesamtmittel von derzeit rd. 20 Mrd EUR bedeuten würde.

- Langzeitstudiengebühren haben sich bestens bewährt. Es gibt sie derzeit in 9 Bundesländern. Aber sie sind nicht das Allheilmittel, andere Stellschrauben müssen ebenfalls eingesetzt werden: Auswahl der Studienbewerber ausschließlich durch die Hochschulen, stärkere Strukturierung des Studiums, ungebremster Zugang zu den erforderlichen Pflichtveranstaltungen usw. usw. Wichtiger ist aber noch eine Reform der Studiengänge. Nehmen wir mal die Juristen: 2003 haben sich in Baden-Württemberg 1789 Studenten dem Ersten Staatsexamen unterzogen. 1025 Referendare stellten sich nach der zweijährigen praktischen Ausbildung dem Zweiten Staatsexamen. Doch bot die Landesjustizverwaltung 2003 nur 68 Assessorstellen an. 2004 sind es noch weniger geworden. Und das bei einem Studium, das beinahe ausschließlich für den Justizdienst ausbildet! Und die Aussichten bei Versicherungen, Firmen usw. sind nicht besser. Warum eigentlich müssen beim Ersten Staatsexamen im Schnitt ein Drittel durchfallen, von denen rd. 60 % diese Prüfung auch in der Wiederholung nicht bestehen? Beim Zweiten Staatsexamen fallen immer noch 12 bis 13 % durch. Von den Erfolgreichen erlangt allenfalls ein kleiner Teil die Note befriedigend oder besser, sehr viele bestehen mit ausreichend. Und die Lokation verfolgt den Juristen sein ganzes Leben. Und was dann? Und das ganze trotz riesigem Repetitor-Wesen. Ich meine, so kann man nicht mit jungen Leuten umgehen, selbst wenn es zutrifft, dass ein guter Teil Jura aus reiner Verlegenheit studiert. Hier müssen die Juristischen Fakultäten nachdenken und natürlich der Staat.

Sind die deutschen Hochschulen reformierbar und wie gut sind sie für den notwendigen Prozess der Internationalisierung und Modernisierung aufgestellt? Gerade unser Bundesland Baden-Württemberg ist da ein gutes Stück vorangekommen. Internationalisierung meint nicht nur die weltweite Zusammenarbeit, sie muss vernünftigerweise vor der Haustür, also an unseren unmittelbaren Grenzen, anfangen. Drei Beispiele mögen genügen:

- Die trinationalen ingenieurwissenschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Studiengänge zwi-

schen der Berufsakademie Lörrach, der Fachhochschule der beiden Schweizer Kantone Basel Stadt und Basel Landschaft in Muttenz und der Université de Haute Alsace in Mulhouse, vierjährig und mit den drei nationalen Abschlüssen (also deutsches und schweizerisches Diplom, französische maitrise, trinationales Zertifikat), wo Studenten und Dozenten im Semesterwechsel alle drei Hochschulstandorte besuchen, Praktika in allen drei Ländern ableisten und wo in französische, englisch und deutsch unterrichtet wird;

- Geradezu eine Fülle von Studiengängen im Bereich der Europäischen Konföderation der ober-rheinischen Universitäten (EUCOR) zwischen Karlsruhe, Freiburg, Basel, Mulhouse, Colmar und Straßburg;
- Die internationale Bodenseehochschule, ein virtueller Verbund von inzwischen 15 Hochschuleinrichtungen in Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg und der Schweiz.

(In den entsprechenden Berichten der KMK, HRK und des BMBF finden sich viele weitere Beispiele).

Zurück zu unserer Frage nach der Reformierbarkeit der deutschen Hochschulen und damit der Meisterrung der Herausforderungen im internationalen Wettbewerb. Da sind wir schon recht gut aufgestellt:

- Eine Reihe von Universitäten in den neuen Bundesländern hat exzellente Kontakte in viele Länder. Und das für Studenten Interessante: die Betreuungsrelationen Professor/Student sind zum einen besser als in den alten Bundesländern und für die Stipendien interessieren sich noch nicht so Viele.
- Baden-Württemberg hat in Santiago de Chile das „Heidelberg-Center for Postgraduate Studies“ finanziell unterstützt, in Kairo die German University oder in Budapest die Andrassy-Universität. Es gibt noch mehr solcher Beispiele.
- Jedes Bundesland hat Mobilitätsprogramme. Baden-Württemberg fördert z.B. die Mobilität der Studierenden und Lehrenden mit Connecticut, Massachusetts, North Carolina, Oregon, Kalifornien, Ontario;
- Baden-Württemberg unterstützt eine Reihe von Kooperationen, die der wissenschaftlichen Zusammenarbeit dienen, z.B. mit China in Biotechnologie, Nanotechnologie und Materialwissenschaft;
- Die Mobilität der Studierenden und Lehrenden wird in Baden-Württemberg zusätzlich zu den EU-Programmen durch das Baden-Württemberg-Stipendium der Landesstiftung gefördert. Im Studienjahr 2003/2004 gab es u.a. rd. 1.200 Förderungen. Die Zahl soll steigen.

Wissenschaftliche Exzellenz zeigt sich auch in der Zahl der ausländischen Studierenden in Deutschland. Doch das ist unbefriedigend, trotz der riesigen

Zahlen. 2003 hatten wir an allen deutschen Hochschulen 163.000 ausländische Studierende, 63 % mehr als 1997. Doch während ca. 80 % der deutschen Auslandsstudenten nach Großbritannien, in die USA, nach Österreich, Frankreich und in die Schweiz gingen, kamen die ausländischen Studierenden kaum aus diesen Ländern. Wir hatten rd. 20.000 chinesische, rd. 10.000 polnische, dann viele russische usw. Gaststudenten, erst an vierter Stelle kamen die Franzosen. Also: Ziel- und Herkunftsländer differieren. Hier besteht Handlungsbedarf. Besonders schlimm ist, dass nur ein Fünftel der ausländischen Studierenden Examen macht. Der DAAD ist der Frage nachgegangen, was Deutschland so attraktiv macht: es sind die fehlenden Studiengebühren. Andererseits sind lt. DAAD nur rd. 25 % der ausländischen Studenten für ein Studium in Deutschland geeignet. Ein weiteres Viertel ist auch geeignet, scheitert jedoch an den Studienbedingungen, insbesondere der zu geringen Betreuung und der zu großen akademischen Freiheit. Da können Korporationen mit Wohnheim integrierend wirken. Auch die Sprache ist eine Hürde. Inzwischen werden aber nach dem Vorbild des TOEFL-Test standardisierte deutsche Sprachtests in vielen Ländern angeboten, auch damit werden Hürden überwunden.

Globalisierung, Internationalisierung der Wissenschaft, Forschung und Lehre sind eine Herausforderung für alle deutschen Hochschulen. Ich sehe in diesen Prozessen in erster Linie Chancen für alle Studierenden, alle Wissenschaftler und die Verwaltungen. Jede Begegnung mit dem Ausland dient der Horizonterweiterung, ganz nach dem Wort des vielgereisten Goethe: „Die beste Bildung findet ein gescheiter Mensch auf Reisen“. Der zunehmende weltweite Wettbewerb gibt aber auch Anstöße für die wichtigen Reformen für unsere Hochschulen, die für uns von zentraler Wichtigkeit sind, wenn wir Forschung und Lehre weiterhin auf hohem Niveau betreiben wollen. Erinnern wir uns immer daran, dass die Vertreibung exzellenter Wissenschaftler im Dritten Reich zu einem Niedergang der deutschen Hochschulen geführt hat, der erst nach vielen Jahrzehnten wieder aufgeholt werden konnte.

Der KV tut im Rahmen des Generationenvertrags auch das Seine, um insbesondere seinen studierenden Mitgliedern Hilfen zu geben. In der Korporation und im Verband kommt deshalb dem Dialog Jung-Alt größte Bedeutung zu, weil dabei – oft ganz nebenbei – Erfahrungen, Tipps usw. weitergegeben werden. Von daher ärgert es mich geradezu, dass die qualitativ sehr anspruchsvollen Seminare der KV-Akademie zu Berufseinstieg, Bewerbungsgesprächen, Rhetorik, persönlichen Arbeitstechniken oder Seminare zur Vorbereitung auf die Selbständigkeit, die auch für Studierende und Absolventen mit dem Ziele der Nichtselbständigkeit sehr nützliche Tipps geben, entweder sehr schlecht besucht sind

oder wegen zu geringer Nachfrage manchmal sogar ausfallen müssen. Spaßmachende Veranstaltungen in Verbindung mit Bierkonsum oder Kommerse werden dagegen extrem gut besucht. Aber das kann jeder durch eigene Teilnahme ändern. Wir haben auch für die Würzburger KV-Tage aktuelle Themen gewählt, 2004 z.B. über die Dialogmöglichkeiten zwischen Christentum und Islam, 2005 die Frage nach einer europäischen bzw. deutschen Leitkultur, ein hochaktuelles Thema, bei dem Bischof Dr. Fürst das Impulsreferat halten wird. Besuch unserer Seminare auch neben dem Studium bereitet gezielt auf die Arbeitswelt vor, die lebenslange konsequente Weiterbildung verlangt und das nicht nur für 30 bis 35jährige, sondern wegen des absehbaren Arbeitskräftemangels in wenigen Jahren auch für 55 und 60jährige, auf die die Arbeitswelt nicht wird verzichten können. Der Prozeß beginnt bereits. Am prägnantesten formulierte die Notwendigkeit lebenslangen Lernens der amerikanische Blues-Musiker B.B. King (78) in einem Interview im KulturSpiegel (07/2004, S. 46), der sagte „Wer aufhört zu lernen, ist tot“.

Ich lasse es mal dabei, in der Diskussion können wir alles vertiefen, und will nur noch in einem raschen Exkurs auf unser demnächst in Kraft tretendes **Hochschulgesetz** eingehen, mit dem die Landesregierung die Hochschulen fit für die Zukunft machen will. Wie bei jedem neuen Hochschulgesetz wird es von den Betroffenen unterschiedlich beurteilt. Während Eberhard Schaich, unser Tübinger Rektor und Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz, bis zuletzt bei der Anhörung im Wissenschaftsausschuß am 25. November 2004 kritisch bleibt, insbesondere wegen seiner Meinung nach zu starker externer Einflüsse und nicht angemessener Wirtschaftsstrukturen und -Bezeichnungen (die die Hochschulen freilich nicht übernehmen müssen), begrüßte für die Fachhochschulen deren Sprecher Dietmar von Hoyningen-Huene den Zuwachs an Autonomie und die äußerst vorteilhafte Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium, bemängelte aber die Einbeziehung der Berufsakademien in das Gesetz. Unterschiedlicher kann eine Beurteilung kaum sein. Worum geht es im Einzelnen? Ich gebe wenige Stichpunkte:

- Es ist das Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen für eine erfolgreiche Positionierung der baden-württembergischen Hochschulen und Berufsakademien auf dem internationalen Bildungsmarkt. Sie sollen wettbewerbsfähig gemacht werden im Werben um die besten Studierenden, Hochschullehrer und Forscher.
- Auch bisher schon haben wir einen erfolgreichen rechtlichen Rahmen und dazu eine angemessene finanzielle Ausstattung unserer Hochschuleinrichtungen durch die Landesregierung: im Ranking der DFG 2003 kamen 7 baden-württembergische Universitäten unter die ersten 12 bundesweit.

- Die bisherigen Gesetze (UG, PHG, KHG, FHG und BAG) mit bisher 554 Paragraphen werden in einem Gesetz mit 97 Paragraphen zusammengefasst. Also: weniger Regelungsdichte.
- Das Wissenschaftsministerium behält die Rechtsaufsicht, die Fachaufsicht wird reduziert.
- Die zukünftige Struktur bietet den Hochschulen erhebliche Spielräume für Detailregelungen im Rahmen ihrer Grundordnungen. Die Grundstruktur ist folgende: ein **Aufsichtsrat**, bestehend aus 7 (das war der Wunsch der kleineren Universitäten), 9 oder 11 Mitgliedern, externer Vorsitzender, mehrheitlich externe Mitglieder (gewählt vom Bestellausschuss, dem je 2 Vertreter des Senats und des bisherigen Aufsichtsrats und 1 Vertreter des Landes mit 2 Stimmen angehören), er hat strategische Aufgaben und übt die Aufsicht gegenüber dem Vorstand aus. Dem Vorstand gehören 2 oder 3 hauptamtliche Vorstandsmitglieder an, die vom Aufsichtsrat gewählt werden und vom Senat zu bestätigen sind. Amtszeit: 6 – 8 Jahre. Ein Vorstandsmitglied hat den Geschäftsbereich Wirtschaft/Personal und ist mit Widerspruchsrecht zugleich Beauftragter für den Haushalt. Die bis zu 3 weiteren nebenamtlichen Vorstandsmitglieder mit einer Amtszeit von 3 – 4 Jahren werden vom Senat gewählt und sind vom Aufsichtsrat zu bestätigen. Der **Senat** hat weiterhin Beschlusskompetenz in zentralen akademischen Angelegenheiten sowie Satzungsangelegenheiten. Er besteht aus den bisherigen Amtsgliedern (Vorstand, Gleichstellungsbeauftragte, Dekane) und höchstens 20 Wahlmitgliedern. Die Amtszeit beträgt für nichtstudentische Mitglieder statt 2 zukünftig 4 Jahre.
- Auf Fakultätsebene gibt es wie bisher den **Fakultätsrat**, bestehend aus den bisherigen Amtsgliedern (bis zu 5 Leiter wiss. Einrichtungen, max. 20 Wahlmitglieder). Das (der sog. Kleine Fakultätsrat) ist das Regelmodell. Optional kann ein großer Fakultätsrat bestellt werden, dem alle hauptamtlichen Professoren angehören. Studienkommissionen sind nicht mehr auf 3 je Fakultät begrenzt, sie können auch studiengang- und fakultätsübergreifend eingerichtet werden. Berufungen erfolgen durch die Hochschule selbst (Vorstand). Da verfassungsrechtlich eine staatliche Mitwirkung erforderlich ist, bedarf die Ruferteilung des Einvernehmens mit dem Wissenschaftsministerium.
- **Prüfungsordnungen** werden ohne staatliche Mitwirkung durch die Hochschulen erlassen. Sie müssen auch nicht mehr angezeigt werden. Das ist konsequent, birgt aber erhebliche Probleme, wie das Beispiel der wohl anfechtbaren Prüfungsordnung der Wirtschaftswissenschaftler in Tübingen zeigt. Gebührensatzungen bedürfen nicht mehr der Zustimmung des Ministeriums. Auch die Bewirtschaftung des Körperschaftsvermögens bedarf nicht mehr der Zustimmung von Finanz- und Wissenschaftsministerium. Insgesamt werden ca. 200 Mitwirkungsbefugnisse des Wissenschaftsministeriums auf rd. 30 reduziert. Von rd. 40 Rechtsverordnungsermächtigungen bleiben noch 10 übrig. Die Entscheidung über zusätzliche leistungsorientierte Besoldungsbestandteile der Professorengehälter liegt beim Vorstand und für die Mitglieder des Vorstands der Hochschule und der Fakultätsvorstände bei den Aufsichtsräten der Hochschulen.
- Die bereits eingeführte Kosten-Leistungsrechnung bleibt Grundlage für das Berichtswesen. Die staatliche Finanzierung der Hochschulen beruht zukünftig auf drei strategischen Steuerungsinstrumenten: einer **Grundfinanzierung** im Rahmen von mehrjährigen Hochschulverträgen (Anschluss an den Solidarpakt) mit parlamentarischer Zustimmung, einer Ergänzung mittels **leistungsorientierter Finanzierungen** nach Belastungs- und Leistungskriterien sowie der **Finanzierung innovativer Entwicklungen im Rahmen von Zielvereinbarungen**.
- Insgesamt bleiben genügend Spielräume für die unterschiedlichen Hochschularten. Durch eine Optionsklausel können die Hochschulen innovative Reformansätze und -modelle erproben.
- Besonderes Gewicht wird der **Studienreform** beigemessen. Gestufte Studiengänge nach dem Bachelor-/Master-Modell werden als Regelabschlüsse eingeführt. Damit ist den Wünschen des globalen Arbeitsmarktes, der Akademiker in jüngeren Jahren mit Praxiserfahrung nachfragt, Rechnung getragen worden. Damit ist auch Bologna gesetzlich umgesetzt. BA-Absolventen können den Titel Bachelor ebenfalls als staatliche Abschlussbezeichnung erwerben und lt. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom Oktober 2004 können BA-Absolventen an allen deutschen Hochschulen ein Master-Aufbaustudium durchführen.
- Anmerkung: die Rolle der EU im Hochschulrecht und Berufszugangsrecht ist nicht hoch genug einzuschätzen. Nach den beiden Richtlinien des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Studiengängen mit bis zu dreijähriger Dauer und mindestens dreijähriger Dauer, Spezialregelungen (Apothekerrichtlinie, Architektenrichtlinie, die letztere brachte zwei Konstanzer FH-Absolventen die Berufszulassung im Ausland, weil die integrierten Praxissemester als Studium angesehen wurden), sind die Sorbonne-Erklärung von 1998, die Bologna-Erklärung von 1999 und die Lissabon-Erklärung des Europäischen Rates von 2000 mit dem strategischen Ziel, die Union bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“,



von grundlegender Bedeutung für alle inzwischen  
25 Mitgliedsstaaten. Um die dort definierten  
Ziele zu erreichen, werden Programme aufgelegt  
und wird regelmäßig kontrolliert, wie der Stand  
ist.

Für Eure Aufmerksamkeit danke ich und wünsche  
uns eine rege Diskussion.